

## **Heinrich Riegel und die Verfolgung der Sozialdemokraten** von **Felix Walluf**

Heinrich Riegel<sup>1</sup> wurde am 21. Juni 1883 in der preußischen Rheinprovinz Monzingen als Sohn des Gemeindefacharbeiters Philipp Riegel geboren. Nach dem Besuch der evangelischen Volksschule in Sponheim begann er 1897 eine Lehre als Zigarrenmacher in Creuznach (das heutige Bad Kreuznach). In den darauffolgenden Jahren, zwischen 1899 bis 1904, befand sich Heinrich Riegel laut Arbeitsbuch auf Wanderschaft und führte seinen erlernten Beruf als Zigarrenmacher unter anderem im Rheinland sowie in Westfalen aus. Darüber hinaus schlug er sich als Hausbursche und Hilfsarbeiter durch.

Bereits in dieser Zeit trat Heinrich Riegel im Alter von 19 Jahren der SPD bei.

1904 ließ er sich, nach der Hochzeit mit seiner ersten Ehefrau Johanna Henriette Bries (geb. 1875 in Elbing/Westpreußen), in Duisburg nieder. Ein Jahr später kam der gemeinsame Sohn Alfred zur Welt. Im selben Jahr wurde Heinrich Riegel zum Wehrdienst in Mutzig/Elsaß eingezogen, jedoch erfolgte bereits nach drei Monaten die vorzeitige Entlassung aufgrund schwacher Gesundheit. Im Januar 1906 folgten vier Jahre mit verschiedenen Arbeitsplätzen, bevor er im Jahr 1911 zum Bezirksleiter des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes ernannt wurde. Im Jahr 1908 wurde sein zweiter Sohn Heinrich geboren. Im Jahr 1912 verstarb der Vater von Heinrich Riegel, was dann auch zum Verkauf des Elternhauses in Sponheim führte. Im darauffolgenden Jahr zog die Familie Riegel nach Gießen in Oberhessen, wo Heinrich Riegels Ehefrau im selben Jahr verstarb. Bereits 1914 ging er eine zweite Ehe mit der in Gladenbach geborenen Elisabeth Platt (geb. 1886) ein. Sie brachte eine voreheliche vierjährige Tochter (Margarete) mit in die Ehe. Im Jahr danach folgte das erste gemeinsame Kind, Karl Riegel (geb. 1915) als dritter Sohn Heinrichs. Im Mai 1915, ein halbes Jahr nach Kriegsausbruch, wird Heinrich Riegel eingezogen, um als Frontsoldat an der Ostfront in Russland, Galizien sowie Rumänien zu kämpfen. Dieser Kampf zog sich für ihn bis in das Jahr 1918, in welchem er mit dem Ehrenkreuz für Frontkämpfer ausgezeichnet wurde, jedoch auch in rumänische Kriegsgefangenschaft geriet, aus der er im Jahr 1920 entlassen wurde. Nach seiner Rückkehr in die Heimat begann sich Heinrich Riegel in Darmstadt wieder politisch zu engagieren

---

<sup>1</sup> Die Angaben zum Lebenslauf Heinrich Riegels stützen sich auf folgende Quellen: Jochen Lengemann: *Das Hessen-Parlament 1946–1986*. Biographisches Handbuch des Beratenden Landesausschusses, der Verfassungsberatenden Landesversammlung und des Hessischen Landtags (1.–11. Wahlperiode). Hrsg.: Präsident des Hessischen Landtags. Insel-Verlag, Frankfurt am Main 1986, S. 361f.; einer Kurzbiografie seines Sohnes Gerd Riegel (Kopie: Darmstädter Geschichtswerkstatt e.V.); einem handschriftlich verfassten Lebenslauf Heinrich Riegels aus dem Jahre 1934 (Kopie: Darmstädter Geschichtswerkstatt e.V.) sowie den Angaben in der Entschädigungsakte „Heinrich Riegel“: HHStAW 518 Nr. 5546.

Bereits im selben Jahr wurde ihm der Posten des SPD-Bezirkssekretärs übertragen. Zwei Jahre später siedelte er nach Darmstadt in die Parcustraße 13 über, wo er dann bis in das Jahr 1967 lebte. Nach sechs Jahren im Amt des Bezirkssekretärs verließ Heinrich Riegel 1926 seinen Posten und wurde Geschäftsführer beim Deutschen Freidenkerverband in Frankfurt am Main. Diesen Posten hatte er bis in das Jahr 1933 inne, als er ihn nach der Machtübernahme der NSDAP räumen musste. Von da an war er bis zum Frühjahr 1936 arbeitslos. Im März 1936 übernahm Heinrich Riegel die Darmstädter Geschäftsstelle des Feuerbestattungsvereins. Bereits hier lassen sich zahlreiche Schikanen seitens der Gestapo erkennen. Darüber hinaus wurde ihm unter Androhung von „Inschutzhafnahme“ das Auftreten als Grabredner bei Beerdigungen für verstorbene „Marxisten“ untersagt. Während Heinrich Riegel eine direkte Konfrontation mit den staatlichen Organen zu meiden versuchte, wurde seine Ehefrau aufgrund angeblicher Beleidigungen gegen SA-Männer für drei Tage im Landgerichtsgefängnis in der Rundeturmstraße inhaftiert.

Nach dem gescheiterten Anschlag auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 wird Heinrich Riegel in der „Aktion Gitter/Gewitter“ mit vielen anderen am 26. August 1944 nach Dachau deportiert. Aufgrund des Vorrückens der Alliierten in Frankreich und der somit aus Sicht der Nationalsozialisten notwendigen Verlagerung der Häftlinge des KZ-Natzweiler in das KZ Dachau wurde Heinrich Riegel bereits im Oktober 1944 aus dem KZ Dachau unter strengen Auflagen wieder entlassen. In den letzten Tagen des Krieges fiel der jüngste Sohn Riegels, Hauptmann Karl Riegel, in Dörnigheim im Alter von 30 Jahren. Nach dem Ende des Krieges beteiligte sich Heinrich Riegel direkt wieder am politischen Geschehen und half beim Wiederaufbau seines Bezirks. So wurde ihm bereits ab 1945 der Posten des Parteisekretärs des SPD-Unterbezirks Darmstadt/Groß-Gerau übertragen. Ab 1946 bis 1950 diente Heinrich Riegel als SPD-Abgeordneter im ersten freigewählten Landtag in Wiesbaden. Bis zum Zeitpunkt seines Todes im Jahr 1967 erfuhr er mehrfach Ehrungen sowie Auszeichnungen, unter anderem für seine „langjährigen Verdienste um die Demokratie“ sowie für sein „unermüdliches“ Engagement für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und deren Überzeugungen.

## Exkurs 1: Die Lage Sozialdemokratie nach der „Machtergreifung“

Trotz der Tatsache, dass die SPD spätestens durch die Veröffentlichung der Boxheimer Dokumente durch Carlo Mierendorff und Wilhelm Leuschner, welche die beabsichtigten Umsturzpläne der Nationalsozialisten im November 1931 öffentlich aufdeckten, vorgewarnt war, lässt sich die Reaktion der SPD-Führung in Darmstadt auf die Machtübernahme der NSDAP als verhalten bezeichnen. Diese schwor ihre Mitglieder auf ein „Disziplin wahrendes und besonnenes“ Verhalten ein - trotz ihrer Nähe zu den sozialdemokratischen Kampfverbänden wie der „Eisernen Front“ oder dem „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ und der damit verbundenen Möglichkeit eines aktiven bewaffneten Widerstandes gegen die Organisationen der Nationalsozialisten. Damit versuchte die SPD-Führung, Mitglieder an der Teilnahme von Ansammlungen der KPD oder Zusammenstößen mit den Parteiorganisationen der Nationalsozialisten zu hindern, um die Legalität der Partei aufrecht halten zu können und um nicht als regierungsfeindliche Organisation verstanden und verboten zu werden.

Dieses weitgehend zögerliche Verhalten der Führungsebenen der sozialdemokratischen Kampfverbände, wie unter anderem der „Eisernen Front“, war nicht zuletzt der paramilitärischen Überlegenheit der nationalsozialistischen Organisationen geschuldet,<sup>2</sup> sowie der zu dem Zeitpunkt klaren Position der Reichswehr und der Polizei, welche da bereits von nationalsozialistischen Amtsträgern geleitet wurden, zugunsten der nationalsozialistischen Verbände. Dies veranlasste einen Großteil der Führungsebene, von einer direkten bewaffneten Konfrontation mit den Organisationen der NSDAP abzusehen, um nicht zuletzt zu verhindern, dass die bereitstehenden Kräfte wissentlich geopfert würden. Ausgehend von dieser Haltung blieb aus Sicht der Darmstädter SPD-Führung wenig übrig außer einen Zustand des „Stillhaltens“ beziehungsweise des Abwartens zu bemühen, um so zu versuchen die Legalität der Partei im Angesicht der wachsenden Macht der Nationalsozialisten aufrechtzuerhalten. Diese „Tendenz“ des „Stillhaltens“ wurde besonders verstärkt durch die repressiven Maßnahmen, welche SPD-Mitglieder sowie die SPD-Führung durch die NSDAP zu befürchten hatten. So gelangen zunehmend Einschüchterungen durch politisch motivierte Morde beziehungsweise durch Totschlag, sowie tätliche Übergriffe der SA in den Alltag „nonkonformer“ politischer Oppositioneller. Durch die zunehmende Illegalisierung sozialdemokratischer Organisationen durch die NSDAP kam es bereits am 3. März 1933 zur letzten Großkundgebung der Darmstädter „Eisernen Front“, welche 13 Tage später zusammen mit dem

---

<sup>2</sup>Ulrich, Axel: Politischer Widerstand, S.29

„Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ im Volksstaat Hessen verboten wurde. Sozialdemokratische Kampfverbände kamen jedoch meist diesen Verboten durch die eigene Selbstaflösung zuvor oder gaben diesen zumindest nach.<sup>3</sup> Ausgehend von diesen Entwicklungen verfielen viele der SPD-Mitglieder und Funktionäre der Resignation und versuchten die politischen Verfolgungen sowie politischen Umwälzungen „überwintern“ zu können - in der Hoffnung, dass das nationalsozialistische System an dem ihm bevorstehenden Hürden zerbrechen würde und die Sozialdemokratie wieder gestärkt aus diesem „Zerfall“ hervorgehen könne. Dies äußerte sich in der Unentschlossenheit der überwiegenden Mehrheit der SPD gegenüber einer direkten Konfrontation, sowie einem Umschwenken hin zu einem Anpassungskurs, zudem erschien es mehreren Abgeordneten im Angesicht von zu erwartenden Repressionen als besser, entweder das Land zu verlassen und einen Widerstand aus dem Exil heraus zu organisieren oder unterzutauchen<sup>4</sup>. Ein weiterer Faktor für die Zurückhaltung vieler Sozialdemokraten dürfte das Streben nach einer Aufrechterhaltung einer vorbildlich demokratischen „Fassade“ gewesen sein. Dies ging auch mit Frage einher, ob man nicht als „guter Demokrat“ das zwar unter Terror und Verfolgung durch die NSDAP erreichte Wahlergebnis, in welchem fast die Hälfte der Stimmen an deutschnationale Parteien ging, dennoch akzeptieren müsse. Demnach müsse man versuchen, den weiteren Weg der Partei am eigenen legalen Fortbestehen zu orientieren und somit dem demokratischen Selbstverständnis folgen. (Siehe Legalitätsprinzip<sup>5</sup>). Jedoch wurde diese passive, dem Legalitätsprinzip zugewandte Haltung nicht von allen Sozialdemokraten in dieser Form hingenommen. So sieht man dies nicht nur am Beispiel des „Reichsbanners“, dessen Anhänger für ein „energischeres“ Vorgehen gegen die Nationalsozialisten plädierten, sondern auch besonders bei sozialdemokratischen Jugendverbänden, Arbeiterverbänden und der darin organisierten „Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ)“. Das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ war einer der wenigen sozialdemokratischen Verbände, welche bereits vor der Machtübernahme Planungen für den Fall eines Parteiverbots getroffen hatten. So wurde ein bereits 1932 aufgestelltes Konzept zum agitativen Widerstand gegen den Nationalsozialismus aufgegriffen und weitergetragen. Dieses Konzept ist bekannt als das „konspirative Pioniersystem“, welches vorsah, Widerstandsgruppen bestehend aus fünf Personen aufzustellen und diese damit zu betrauen, neue Anhänger zu gewinnen

---

<sup>3</sup>Ulrich, Axel: Politischer Widerstand, S.31

<sup>4</sup>Ulrich, Axel: Politischer Widerstand, S.35ff

<sup>5</sup> Die Begrifflichkeit des Legalitätsprinzips beschreibt das Prinzip der Orientierung des eigenen Handelns am Maßstab der Gesetzmäßigkeit ebendieser Handlung.

sowie agitativ gegen das nationalsozialistische System vorzugehen.<sup>6</sup> Die dazu stattfindenden „konnspirativen Zusammenkünfte“ wurden hierfür stets unter einem Vorwand veranstaltet, so war die Gründungsveranstaltung als Geburtstagsfeier getarnt, um nicht das Augenmerk der Gestapo auf sich zu lenken. Dieses Netzwerk wurde besonders von den Aktivisten Carlo Mierendorff, welcher ehemals als Pressereferent Wilhelm Leuschners tätig war und Siegfried Höxter, dem ehemaligen Vorsitzenden des Frankfurter „Sozialistischen Deutschen Studenten-Bundes“, vorangetrieben, weshalb dieses Netzwerk auch als Mierendorff-Höxter-Gruppe bekannt ist<sup>7</sup>.

Trotz der klaren Positionierung des „Reichsbanners“ sowie anderer Organisationen für ein aktives Vorgehen, welches unter anderem seinen Ausdruck in dem Anlegen von Munitionsdepots/ Waffenlagern fand,<sup>8</sup> war es unter anderem dem „Reichsbanner“ durch das Festhalten der SPD-Führungsebene am Legalitätsprinzip verwehrt, diese Waffen auch zu nutzen. So blieb es häufig lediglich bei den agitativen Bemühungen verschiedener Widerstandsnester, wie eben der Mierendorff-Höxter-Gruppe, welche sich zu einem beträchtlichen Teil aus den verschiedenen sozialdemokratischen Jugendverbänden rekrutierten.

## **Exkurs 2: Die Aktion „Gitter“**

Die als „Aktion Gitter/Gewitter“ bekannte Verhaftungswelle der Gestapo (=Geheime Staatspolizei), welche vom 22. bis zum 23. August des Jahres 1944 reichsweit durchgeführt wurde, beabsichtigte die Verhaftung ehemaliger Mandatsträger sowie Funktionäre von verschiedenen Parteien der Weimarer Republik unter dem Vorwand der Verfolgung der „Verschwörer“ des Attentats vom 20. Juli 1944 auf Adolf Hitler. Diese Mandatsträger und Funktionäre wurden bereits in den Jahren 1935/1936 durch die Gestapo in drei Kategorien eingestuft und auf Listen gesetzt, um im Falle der „Notwendigkeit“ die politische Opposition schwächen zu müssen, auf diese Listen zurückgreifen zu können. Die Verhaftungen erfolgten unabhängig davon, ob den Mandatsträgern und Funktionären eine aktive Beteiligung am Widerstand gegen die Organisationen der NSDAP nachgewiesen werden konnte oder nicht. Sie betrafen circa 5000<sup>9</sup> ehemalige Politiker, überwiegend Funktionäre der KPD

---

<sup>6</sup>Umbach, Kai: [www.lagis-hessen.de](http://www.lagis-hessen.de) : Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold: 2. Widerstand gegen das NS-Regime im Rhein-Main-Gebiet

<sup>7</sup>Ulrich, Axel: Politischer Widerstand, S. 33ff

<sup>8</sup>Ulrich, Axel: Politischer Widerstand, S.29

<sup>9</sup>Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten: [www.stiftung-bg.de](http://www.stiftung-bg.de) : Aktion Gitter/ Gewitter (zuletzt abgerufen am 30.12.2018)

oder SPD<sup>10</sup>, unter ihnen war auch der ehemalige SPD-Bezirkssekretär Darmstadts, Heinrich Riegel. Die Aktion Gitter in Darmstadt hieß für die meisten Betroffenen die Verschleppung in das Konzentrationslager Dachau<sup>11</sup>

Bereits zu Beginn des Krieges hatte die Gestapo, unter Zuhilfenahme der bereits 1935/1936 erstellten Listen, mit der Verhaftung (und Deportation) der in der ersten Kategorie geführten (Kategorie „A1“) Mandatsträger und Funktionäre begonnen. Der überwiegende Teil der in dieser ersten Verhaftungswelle festgenommenen 2000 bis 4000 Personen wurde zu „politischen Schutzhäftlingen“ erklärt und in das KZ Buchenwald deportiert. Die „Aktion Gitter“ selbst wurde dann durch das Attentat des militärischen Widerstandes vom 20. Juli 1944 ausgelöst, jedoch richtete sie sich nicht nur gegen die sogenannten „Verschwörer“, sondern ebenso beziehungsweise besonders gegen ehemalige Politiker der Weimarer Republik<sup>12</sup>. Hierzu musste nicht einmal eine Beteiligung an diesen Vorgängen nachgewiesen werden, um verhaftet und deportiert zu werden. Dies lässt die Vermutung zu, dass das Attentat vom 20. Juli 1944 somit als Vorwand genutzt wurde, um sich „nonkonformer“, oppositioneller Politiker zu entledigen, welche aus Perspektive der Nationalsozialisten in den labilen Zeiten des Krieges zu einer Destabilisierung der eigenen Macht durch äußeren Widerstand beitragen könnten.

---

<sup>10</sup>Meyer, Winfried: Nationalsozialismus: Terror als Ablenkung von der Agonie; Frankfurter Rundschau vom 21.08.2014; <http://www.fr.de/kultur/nationalsozialismus-terror-als-ablenkung-von-der-agonie-a-554884> (zuletzt abgerufen am 30.12.2018)

<sup>11</sup> Gedenkstätte Dachau (Hrsg.): *Deutsche Regimegegner der „Aktion Gewitter“*. In: *Konzentrationslager Dachau 1933 bis 1945*. Text- und Bilddokumente zur Ausstellung, mit CD. Comité Internationale de Dachau, 2005

<sup>12</sup>Riebsamen, Hans: „Aktion Gitter“: Als das NS-Regime zurückschlug; in: <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/aktion-gitter-als-das-ns-regime-zurueckschlug-14348415.html> (zuletzt abgerufen am 30.12.2018)